

DEUTSCHLAND

Den Grünen die Identität aussaugen

Der rechte sozialdemokratische Partei-Ideologe Richard Löwenthal meldet sich wieder zu Wort: Wie schon einmal zieht er gegen den Kurs von Parteichef Brandt

zu Felde, der die SPD für Grüne und Friedensbewegte öffnen will. Löwenthal fordert dagegen seine Partei auf, von den Grünen „keine Forderungen anzunehmen“.



Sozialdemokratische Grünflächenpflege

tz, München

Das Anschreiben klingt harmlos, die Anlage hat es in sich.

Knapp ein Jahr nachdem er mit seinen „Thesen zur Identität der Sozialdemokratie“ die Anhänger des damaligen Kanzlers Helmut Schmidt gegen Gefolgsleute des Parteivorsitzenden Willy Brandt mobilisierte, schürt der Berliner Politologe Richard Löwenthal wieder das Feuer für innerparteiliche Richtungskämpfe.

Pünktlich zu Schmidts Ausstand und Hans-Jochen Vogels Einstand als Kanzlerkandidat versorgte Löwenthal die Parteiprominenz mit einem siebenseitigen Manuskript, das demnächst in der programmatischen SPD-Zeitschrift „Neue Gesellschaft“ (Chefredakteur Parteigeschäftsführer Peter Glotz) erscheint.

Rechtzeitig zu Vogels Antrittsrede auf der Kieler SPD-Konferenz am 18. und 19. November sollen Löwenthals neue

Weisheiten die Partei auf Kurs bringen, die nach 13 Jahren Regierungsverantwortung jetzt ihre Rolle als Opposition finden muß.

Zwar soll es diesmal nicht – wie 1981 – zu einer Unterschriftenkampagne kommen. Er wolle nur einen „Beitrag zur Diskussion über die Orientierung der Sozialdemokratie in ihrer neuen Rolle“ leisten, schildert Löwenthal harmlos seine Absichten, „nach dem Zerschlagen

der sozialliberalen Koalition, aber auch nach Re-Mobilisierung schon verloren geglaubter Sympathien“ in den hessischen und bayrischen Landtagswahlen.

Im November 1981 hatte die SPD-Rechte Annemarie Renger mit Löwenthals Versuch einer Kursbestimmung die Partei ins Schlingern gebracht; sie warb zahlreiche Genossen, von Wehner bis zu den Gewerkschaftsvorsitzenden Adolf Schmidt (IG Bergbau) und Karl Hauen-schild (IG Chemie), zu Unterschriften für Schmidt, aber gegen Brandt und seinen Integrationskurs.

Erbst hatte sich damals der SPD-Vorsitzende gegen die „Scheingefechte“ verwahrt und sogar mit Rücktritt gedroht. „Wer Lust hat, muß die Auseinandersetzung dann ohne mich führen.“

Unter der neuen Verpackung „Prioritäten einer neuen Mehrheitsbildung“ nimmt Löwenthal den Kampf wieder auf gegen jene „Integrationsapostel“ unter den Sozis, die – wie Brandt, wie Vogel, wie Geschäftsführer Peter Glotz – die SPD für grüne und friedensbewegte Wähler öffnen wollen. Löwenthal '82 nennt, anders als Löwenthal '81, keine Namen. Doch der Hauptadressat ist derselbe: Willy Brandt.

Denn der SPD-Vorsitzende hat nach dem überraschend guten Abschneiden der SPD im hessischen Wahlkampf von jener potentiellen Mehrheit „links von der CDU/CSU“ gesprochen, die Löwenthal jetzt als eine „auch im besten Fall nur ... negative Mehrheit – keine Mehrheit mit einem gemeinsamen Programm“ abqualifiziert. Aus dem hessischen Ergebnis zieht Löwenthal daher völlig andere Folgerungen als Brandt:

Die zeitweise so plausibel klingenden Voraussagen unserer Integrationsapostel, ohne eine Annäherung an die Grünen sei die Sozialdemokratie zum Dauerrückfall auf oder unter die 30-Prozent-Grenze verurteilt, nehmen sich angesichts der letzten Wahlen recht seltsam aus – ein interessantes Beispiel für die Gefahr unkritischer Extrapolierung von Umfrage-Ergebnissen ohne weitergehende Analyse.

Denn die Zurückdrängung der Grünen in Hessen ist ja nicht durch eine Annäherungspolitik der SPD erfolgt, sondern durch die Wirkung des politischen Einsatzes von Helmut Schmidt und die Festigkeit Holger Börners (und das trotz einiger verbaler Entgleisungen des letzteren). Was wirklich geschah, war offenbar, daß ein Teil des Wählerpotentials der Grünen angesichts der Bonner Krise begriff, daß es wichtigere Themen gibt als die grünen Schibboleths*.

Die Zeilen gleichen sich: Vor einem Jahr hatte Löwenthal die damalige Regierungspartei SPD aufgerufen, sich „klar für die arbeitsteilige Industrie-gesellschaft und gegen ihre Verteufelung, für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppe der Aussteiger“ zu entscheiden.

* Alttestamentarisch, von hebräisch Ähre: das Wort, an dem die Gileaditer die feindlichen Ephraimiten erkannten; soviel wie Lösungswort, Erkennungszeichen.

Das Heil für die SPD in der Opposition sieht Löwenthal jetzt nicht im „Angeln nach Verbündeten oder Integrationsobjekten“. Er verlangt die „Konzentration auf die zwischen den großen Parteien umstrittenen wirtschaftlichen und sozialen Lebensfragen“. Löwenthals Empfehlung:

Als Ausgangspunkt einer neuen Mehrheit links von der Regierung Kohl genügt ... nicht die Ablehnung ihrer sozialreaktionären Rezepte, sondern ist ein konkretes, einleuchtendes Programm der wirtschaftlichen Wiederbelebung, der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Konsolidierung notwendig.

Zwar habe sich die SPD auf ihrem Münchner Parteitag auf ein Beschäftigungsprogramm konzentriert, schreibt



Partei-Ideologe Löwenthal
„Kein Angeln nach Verbündeten“

Löwenthal und übernimmt sogar die Argumentation des rechten FDP-Flügels: „An dieser Frage ist die Koalition mit Genscher und Lambsdorff zerbrochen.“

Doch es fehle, so rügt der Professor seine Genossen, nach wie vor „das inhaltlich gründlich durchdachte und in der Form eingängige Konzept, wie eine Überwindung unserer Strukturkrise und Massenarbeitslosigkeit möglich ist“.

Seine Vorschläge: Neben der Förderung alternativer Energien und umweltfreundlicher Technologien müsse sich die oppositionelle SPD mit den Gewerkschaften auf kürzere Arbeitszeiten, ohne vollen Lohnausgleich und bei gleichzeitiger Vereinbarung von Investivlöhnen, verständigen – eine Lösung, vor der die Genossen in Regierungsverantwortung immer zurückgezuckt sind.

Hinter den ökonomischen Problemen reduzieren sich für Löwenthal jene The-

men, die alternative Wähler ansprechen – Ökologie und Friedenspolitik –, zu „Teilfragen“. Seine Warnung:

Die Sozialdemokratie täte nicht gut, dieser ideologischen Übersteigerung durch die Grünen zu folgen. Erst recht täte die Sozialdemokratie Unrecht, von sich aus die Friedenspolitik zu einem zentralen Thema ihrer Opposition zu machen, um bei der Friedensbewegung Punkte zu sammeln.

Die Mehrheit der Nation hat die Friedens- und Sicherheitspolitik der Regierung Schmidt ebenso eindeutig gebilligt, wie die Mehrheit der Delegierten auf den beiden letzten Parteitagen der SPD das getan hat.

Kein Wort, daß Kanzler Schmidt auf diesen Parteitagen nur deswegen Unterstützung für seine Nachrüstungspolitik bekam, weil einflußreiche Kritiker wie Brandt und Egon Bahr – „trotz Bauchgrimmen“ (Bahr) – der Regierungslinie zur Mehrheit verhalfen.

Der sonst so strenge Analytiker Löwenthal schenkt sich auch die präzise Antwort auf die Frage, mit welchen Themen Helmut Schmidt den Schlußspurt im hessischen Wahlkampf bestritten hat. Denn anders als der Partei-Ideologe unterstellt, waren es eben nicht „wichtigere politische Themen“ als die der Grünen. Es war nur das, was Schmidts Helfer als Genschers Verrat verriefen, dies Thema trieb den Sozialdemokraten unverhofft Wähler zu – auch Grüne und Friedensfreunde.

„Eine groteske Verkenntung der Lage“ sieht darum der zum eher konservativen Gewerkschaftsflügel der SPD zählende nordrhein-westfälische Arbeitsminister Friedhelm Farthmann in der neuen Löwenthal-Analyse. Ohne die Wählerpotentiale der Grünen und Alternativen sieht er keine Chance, die SPD zurück an die Macht

zu führen. Farthmanns Gegenthese: „Die Reduzierung auf klassische Arbeitnehmerstimmen führt uns nicht über 30 Prozent.“

Löwenthal hingegen richtet, genau wie Helmut Schmidt, sein Interesse nur darauf, Stammwähler der CDU und der FDP abzu ziehen, wenn es sein muß unter Opfern: Sollte es zum Zerfall der FDP kommen, empfiehlt er seiner Partei aktive Lebenshilfe; einer Anzahl sozialliberaler, also linker Freidemokraten müßten Plätze auf SPD-Listen angeboten werden, „ohne ihren Eintritt in die Sozialdemokratie zur Vorbedingung zu machen. Das wäre zwar keine Integration, aber eine der Lage angepaßte Form der Zusammenarbeit mit den bündnistreuen Elementen dieser Partei“.

Für die Grünen und Friedensbewegten sollen weniger rücksichtsvolle Therapien angewandt werden. Zwar dürfen sie, geht es nach Löwenthal, als nützliche Idioten gelegentlich die Sozialdemokra-

ten bei parlamentarischen Abstimmungen tolerieren – etwa, wenn Hans-Jochen Vogel sich bereit erklärt, sich von grünen Stimmen stützen zu lassen (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 21). Doch tatsächlich wirbt er eher dafür, den Grünen entweder die Identität auszusaugen oder ihnen bei Neuwahlen den Garaus zu machen. Löwenthal:

Es ist wesentlich, daß solche Gespräche auch dann politischen Nutzen bringen

können, wenn sie zunächst *nicht* zu einer Einigung über solche Tolerierung führen: Worauf es ankommt, ist, daß die sozialdemokratischen Vertreter (die Gespräche) flexibel in Einzelheiten führen, aber keine Forderungen annehmen, die mit sozialdemokratischen Grundsätzen unvereinbar sind – so daß die grünen Vertreter schließlich vor die Wahl zwischen einem Verzicht auf solche Forderungen und der Aussicht auf durch ihre Intransigenz verschuldete Neuwahlen stehen, wie jüngst in Hamburg.

Willy Brandt hat sich diesmal, nach erster Lektüre des Löwenthal-Papiers, anders als 1981 Zurückhaltung auferlegt. Er kalkuliert, daß Löwenthal ohne die Verstärkung durch einen Kanzler Schmidt nicht mehr die Resonanz findet wie vor einem Jahr. Brandt hat lediglich seinen Geschäftsführer Peter Glotz gebeten, in der gleichen Ausgabe der „Neuen Gesellschaft“ den Störenfried kurz zurechtzustutzen.

SPIEGEL Gespräch

„Ich bin keine Kopie von Brandt oder Schmidt“

SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel über sein Wahlkampf-Konzept

SPIEGEL: Seit anderthalb Jahren regiert in Paris der Sozialist François Mitterrand. In Schweden hat der international erfahrene Sozialdemokrat Olof Palme die Macht zurückgeholt. Die Spanier haben soeben mit Felipe González einen jungen, charismatischen Hoffnungsträger gewählt. In der Bundesrepublik soll der Berliner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel die SPD wieder an die Regierung bringen. Wie ist Ihnen zumute in der illustren Gesellschaft?

VOGEL: Die Gesellschaft, die Sie aufzählen, ist noch nicht einmal ganz vollständig. Was ist mit Bruno Kreisky? Und mit Andreas Papandreou, der ja auch in dieser europäischen Bewegung, die nicht von der Sozialdemokratie weg-, sondern zu ihr hinführt, zu nennen wäre.

Mir ist zumute wie jemand, der herausgefordert wird, dem eine ungewöhnliche Aufgabe gestellt wird, der dieser Aufgabe nicht mit der Attitüde entge-

gentritt „Hoppla, jetzt komme ich; jetzt ist meine Stunde“, sondern der dabei auch Bedenken und Fragen zu überwinden hatte, der aber jetzt bereit ist, in diese Gesellschaft einzutreten.

SPIEGEL: Spüren Sie selbst nicht einen Mangel an Ausstrahlung, an Redekunst, wenn Sie sich mit den Genannten in einer Reihe sehen?

VOGEL: Ich habe nicht vor, den Eindruck zu erwecken, ich sei eine Kopie des einen oder des anderen. Ich will mit dem in die Auseinandersetzung hineingehen, was ich aufgrund meines bisherigen Lebens bin und habe, nicht, was ich dem einen oder anderen zu Gefallen nun ein bißchen so oder ein bißchen so drapiere.

SPIEGEL: Mit Helmut Schmidt war die Lage klar: Da stand dem Pfälzer Generalisten Helmut Kohl der Weltökonom, der außen- und sicherheitspolitisch beschlagene Staatsmann gegenüber. Wie wollen Sie, kein Ökonom, kein Außen-

politiker, dafür Einser-Jurist, gegen den CDU-Kanzler auftreten?

VOGEL: Es gibt genügend Unterscheidungen – im Lebensweg, im Erfahrungsbild und in der politischen Zielsetzung. Was den Lebensweg angeht, so bringe ich Erfahrungen ein, die nicht nur einer Landschaft zugeordnet sind, sondern quer durch die Republik gehen. Ich habe Gymnasial- und Studentenjahre in Hessen verbracht; ich war in Bayern Oberbürgermeister der Landeshauptstadt; ich habe in Berlin eine ganze Menge neuer Erfahrungen zu verarbeiten gehabt; ich habe dazwischen in Bonn acht Jahre Politik nicht nur begleitet, sondern mitgestaltet.

SPIEGEL: Sie haben das bessere Ausbildungsprogramm?

VOGEL: Dies ist Ihr Ausdruck, ich würde von einem Erfahrungsprogramm sprechen.

Das zweite: Ich bemühe mich sehr um Konkretheit, um Befassung mit dem De-



Vogel (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Der Überdruß ist weg“